Selbstkorrektur in eigener Sache

|| Kein NS-Verbot 1937: der Evangelische Pressedienst erschien bis 1941

1. Initiative und Intention

Mit einer Initiativberichterstattung in eigener Sache hat der Evangelische Pressedienst (epd) im Sommer 2002 Aspekte seiner eigenen Geschichte gegenüber der Öffentlichkeit richtig gestellt.¹ Die Nachrichtenagentur war nämlich nicht, wie bislang in der Literatur angenommen², 1937 oder schon 1936 verboten worden, sondern konnte im Rahmen der NS-Presselenkung noch bis Mai 1941 weitererscheinen.

Zweifel an der bisherigen Lesart, im „Dritten Reich“ widerständig gewesen zu sein, was in der Nachkriegszeit ein Teil der journalistischen Identität des epd geworden war, tauchten erstmals 2001 auf, als der ehemalige epd-Chefredakteur Hans Hafenbrack bei Recherchen zu einem Buch über die Geschichte der Agentur auf epd-Ausgaben aus den ersten Kriegsjahren stieß – womit die bisherige Annahme, es habe in den NS-Jahren eine politisch motivierte Einstellung und eine Unterbrechung des Erscheinens gegeben, ins Wanken geriet.

¹ Die epd-Zentralredaktion in Frankfurt a. M. hat über die auch hier darzustellenden Befunde am 24. Juni 2002 in einem Sonderheft ihres Fachdienstes „epd medien“ (Nr. 48), textidentisch auch als Sonderausgabe der „epd-Dokumentation“ erschienen, berichtet. Der epd-Basisdienst begleitete diese Berichterstattung in eigener Sache mit Meldungen und Hintergrundberichten.

² Zur Tradierung der Verbotstheorie vgl. u. a. folgende Belegstellen: Gottfried Mehnert, *Evangelische Presse. Geschichte und Erscheinungsbild von der Reformation bis zur Gegenwart*, Bielefeld 1983, S. 239; Jürgen Wilke, *Der Evangelische Pressedienst (epd)*, in: ders. (Hg.), *Agenturen im Nachrichtenmarkt, Köln/Weimar/Wien 1993*, S. 217; André Uzulis, *Nachrichtenagenturen im Nationalsozialismus*, Frankfurt/M. 1995, S. 150; Axel Schwanebeck, *Evangelische Kirche und Massenmedien*, München 1990, S. 308; Volker Dettmer, *Interesse und Information. Vergleich der Presseagenturen „Evangelischer Pressedienst“ und „Informationsdienst der Evangelischen Allianz“*, Frankfurt/M. 1994, S. 24; Simone Höckele, *August Hinderer. Weg und Wirken eines Pioniers evangelischer Publizistik (Studien zur Christlichen Publizistik Bd. 3)*, Erlangen 2001, S. 340 und 349.

Um rasch Klarheit zu erlangen, entschied sich der heutige Chefredakteur Thomas Schiller, einen Fachredakteur aus dem eigenen Haus, den Autor dieses Beitrags, mit zusätzlichen Recherchen, komplementär zu Hafenbrack und in enger Abstimmung mit ihm, zu beauftragen. Das Beispiel des Bertelsmann-Konzerns, der sich 1998 erst auf öffentlichen Druck hin entschied, eine Unabhängige Historische Kommission mit der Erforschung der NS-Verstrickung des C. Bertelsmann Verlags (ehemals in Gütersloh, heute in München) zu beauftragen³, stand den Verantwortlichen dabei warnend vor Augen.

2. Die Genese der Verbotsbehauptung

Die Annahme, der epd sei 1937 von der NS-Zensurbürokratie verboten worden, geht zurück auf Focko Lüpsen, der eine entsprechende Behauptung öffentlich erstmals im „Kirchlichen Jahrbuch“ 1949 aufgestellt und diese Version der epd-Geschichte seither in zahlreichen gedruckten und auch mündlichen Wortmeldungen weitergetragen und variiert hatte. Lüpsen, promovierter Theologe und gelernter Zeitungsredakteur (22.5.1898–31.3.1977), war 1933 Chefredakteur des reichsweiten epd geworden, der damals noch in Berlin-Steglitz residierte und erst nach 1945 nach Bielefeld-Bethel kam.⁴

In seinem Rückblick auf die NS-Zeit schrieb Lüpsen: „Noch drei weitere Jahre hindurch (nach 1934, V.L.) konnte innerhalb der Presseabteilung des EPD der Evangelische Pressedienst seine kirchliche Nachrichtenggebung für den Bereich der Tagespresse fortsetzen, bis schließlich nach einer scharfen Auseinandersetzung des Chefredakteurs mit dem Fachschaftsleiter der Reichspressekammer ein Verbot verhängt und der epd in die Illegalität gedrängt wurde.“⁵

Für diese „scharfe Auseinandersetzung“ findet sich in den historischen Quellen kein Beleg; es mag sie dennoch gegeben haben. Kirchenpresse stand seinerzeit unter scharfer Beobachtung nicht nur des

³ Der UHK-Abschlussbericht erschien im Oktober 2002: Saul Friedländer/Norbert Frei/Trutz Rendtorff/Reinhard Wittmann, Bertelsmann im Dritten Reich. Unter Mitarbeit von Hans-Eugen Bühler, Christoph Haas, Tanja Hetzer, Beate von Miquel, Helen Müller, Stefan Pautler, Olaf Simons, Sybille Steinbacher, München 2002; dies., Bertelsmann 1921–1951: Gesamtverzeichnis. Bearbeitet von Dina Brandt und Olaf Simons, München 2002.

⁴ Focko Lüpsen, Reminiszenzen an den Neubeginn des epd in den ersten Nachkriegsjahren, epd-Rundbrief Nr. 13 vom 10. November 1975, S. 3.

⁵ Focko Lüpsen, Der Weg der kirchlichen Pressearbeit von 1933 bis 1950, in: Kirchliches Jahrbuch 1949, C. Bertelsmann: Gütersloh 1950, S. 423.

Propagandaministeriums von Joseph Goebbels, sondern auch des Reichssicherheitshauptamtes.⁶ Der behauptete Konflikt mit der Reichsschrifttumskammer, wo alle Redakteure Mitglied sein mussten, führte aber nachweislich nicht zu dem behaupteten Verbot des epd im Jahre 1937, nicht davor und nicht danach.

Ebenso wenig gibt es Beweise für eine Mitwirkung Lüpsens in der Untergrundpublizistik. Schon für 1933, als er kurzzeitig Pressebeauftragter des unter NS-Druck bald wieder zurückgetretenen Reichsbischofs Friedrich von Bodelschwingh war, hatte Lüpsen für sich in Anspruch genommen, in „fliegenden Büros“ gearbeitet zu haben, „die öfter ihren Standort wechselten, um die illegalen Publikationen dem Zugriff der Gestapo zu entziehen“⁷.

Nach 1937 will Lüpsen dann also mit dem epd in eine nicht weiter konkretisierte Illegalität gegangen sein und für die Bekennende Kirche gewirkt haben. Der 1911 geborene Zeitzeuge Wolf-Dieter Zimmermann, der als junger Mann und Schüler Dietrich Bonhoeffers tatsächlich an der Untergrundpublizistik der Bekennenden Kirche mitgewirkt hat und deshalb 1937 zweimal festgenommen wurde, hat Lüpsen in

⁶ In den pressebezogenen Hinterlassenschaften des „Reichsministeriums für die kirchlichen Angelegenheiten“ – insgesamt zehn Akten, die im Bundesarchiv überliefert sind, der gesamte Bestand ist leider nur lückenhaft erhalten – finden sich zahlreiche Zeitungsverbote und Verbotsandrohungen: schätzungsweise drei Dutzend. Der epd ist nicht darunter, nicht 1937, nicht davor und nicht danach. Die feststellbaren Verbote und Androhungen gegen Kirchenzeitungen konzentrieren sich weniger auf Berliner Organe oder etwa christliche Fachzeitschriften als auf Sonntagsblätter in der Provinz. Für den Zeitraum Mai bis August 1938 ist beispielsweise diese Bekanntmachung überliefert: „Das Sonntagsblatt für Minden und das Wesergebiet ist polizeilicherseits auf die Dauer von 3 Monaten verboten worden.“ (BA, R5101/23732). Hintergrund: Der Sonntagsblatt-Herausgeber Pfarrer Dedede aus Minden hatte ein Flugblatt „Pfarrer Niemöller im Konzentrationslager“ verbreitet. Dies war ein Verstoß gegen die Presseanweisung, wonach über den „Schutzhäftling“ Niemöller nichts mehr berichtet werden durfte. Es scheint, als sei in der Provinz, fernab der Reichshauptstadt, der Mut zur christlichen Selbstbehauptung gegen den totalen Geltungsanspruch des NS-Staates größer gewesen als in Berlin, wo auch der epd redigiert wurde. Das hatte seinen Grund wohl auch darin, dass das Wissen um die Grenzen des Sagbaren und die Empfindlichkeit der Zensoren in Westfalen oder Württemberg geringer war als in der Reichshauptstadt. Der epd scheint deshalb weitgehend reibungslos funktioniert zu haben, weil er mit Hinderers Geheimwissen in seiner Funktion als Leiter der Evangelischen Fachschaft in der Reichspressekammer stets „auf Linie“ gehalten werden konnte und so möglichen Konflikten vorbeugend aus dem Wege ging.

⁷ Focko Lüpsen, *Der Weg ...*, S. 431 und ders., *Das Ende war voraussehbar. Eine Zeit der Unfreiheit für die kirchliche Presse*, in: *Lutherische Monatshefte* 16, 1977, S. 207.

dieser Zeit erlebt. Im Zeitzeugen-Interview⁸ erinnerte er sich noch klar an die damaligen Verhältnisse und hielt Lüpsens Eigenlob, er habe in der Illegalität für eine freie Kirche und gegen die Nazis gearbeitet, aus mehreren Gründen für unglaubwürdig.

In den 30er Jahren ist Zimmermann mehrfach mit Lüpsen zusammengetroffen und hat mit ihm auch über die kirchenpolitische Lage gesprochen: „Ich habe ihn öfters gefragt danach. Er war ausgesprochen ängstlich und angepasst und wollte eigentlich nicht belastet werden und war sehr vorsichtig, wenn irgendwo eine Begegnung mit fixierten Leuten der Bekennenden Kirche [anstand]. Er war freundlich, aber [machte deutlich:] es ist nicht mein Gebiet, das will ich nicht. Man merkte ihm so richtig die Distanzierung an. Aber ich hab ihn ja überhaupt kennen gelernt als einen etwas vorsichtigen, bescheidenen, zurückhaltenden, ängstlichen, um nicht zu sagen hilflosen Mann.“

Für die Bekennende Kirche, wie von Lüpsen behauptet, habe der epd-Chefredakteur „garantiert nicht“ gearbeitet, schätzt Zimmermann ein. Für unglaubwürdig hält er auch die Lüpsen-Darstellung „fliegender Büros“, die sich der Gestapo entzogen hätten.

3. Gründe für die Einstellungsschritte 1939 und 1941

Die von Lüpsen im „Kirchlichen Jahrbuch“ gewählte Formulierung suggeriert, der gesamte epd sei verboten worden und habe dann im Untergrund weitergearbeitet. Nimmt man jedoch das Detail „kirchliche Nachrichtengebung für den Bereich der Tagespresse“ ernst, könnte Lüpsen die epd-Ausgabe A „für die Tagespresse“ gemeint haben, die sich damals als agenturähnlicher Nachdruckdienst an die weltliche Presse wandte. Aber auch die Ausgabe A wurde nicht 1937, sondern erst mit der letzten Ausgabe vom 5. Mai 1939 eingestellt.

Grund hierfür war nicht eine politisch motivierte Zensurmaßnahme, sondern höchstwahrscheinlich eine Selbstbegrenzung von August Hinderer, dem Direktor des Evangelischen Pressverbands für Deutschland (EPD)⁹, in dem der epd erschien. Hinderer, in Personalunion auch Fachschaftsleiter der evangelischen Presse innerhalb der Reichsschrift-

⁸ Auf Grund eines freundlichen Hinweises von Manfred Gailus (TU Berlin) war es während der Recherchen zu dem epd-Sonderheft gelungen, Zimmermann in Berlin ausfindig zu machen. Der Autor interviewte ihn dort am 24. April 2002; die Transkription des Gespräches umfasst 17 Seiten.

⁹ Zur Verdeutlichung: Den Verband und Verlag des epd kürzen wir in Versalien ab; das Kürzel des Pressedienstes, den der EPD vertrieb, ist epd.

tumskammer, war seit 1937 gezwungen, den Papierverbrauch der kirchlichen Presse zu vermindern.¹⁰ Die Konsequenzen dieser Papierrationierung, hinter der die Kriegsvorbereitungen Hitlers steckten, konnte Hinderer nicht nur bei Provinzblättern, die Mitglied in seinem Reichsverband der evangelischen Presse (REP) waren, exekutieren, sondern er musste auch im eigenen Reich, unter den Publikationen des EPD, seinen Tribut zollen.

Was auch nach 1939, dem letzten Erscheinungsjahr der Ausgabe A, zunächst weitererscheinen durfte, war die epd-Ausgabe B, die als Nachdruckdienst für die kirchliche Presse bestimmt war. Sie überlebte bis zum 14. Mai 1941, der letzte vollständige Jahrgang 1940 hatte immerhin noch 522 Seiten umfasst. Bis Juni 1940 war Focko Lüpsen, der seiner eigenen Nachkriegsdarstellung zufolge schon 1937 verboten worden war, verantwortlicher Schriftleiter gewesen und blieb es nominell noch danach, bis Mai 1941, nachdem er schon im Sommer 1940 zum Kriegsdienst eingezogen worden war.

Auch das endgültige Aus für den epd 1941 war kein singuläres Ereignis, das den christlichen Pressedienst wegen politischen Fehlverhaltens getroffen hätte, sondern eine generelle Kahlschlagaktion der Nazis unter der verbliebenen weltlichen und kirchlichen Presse. Das wegen Kriegsfolgen und Importbeschränkungen knapp gewordene Druckpapier sollte künftig der Staats- und Parteipresse vorbehalten bleiben. Wie den epd traf es damals insgesamt 550 Zeitungen, darunter auch die katholische Zentrums Presse wie die „Kölnische Volkszeitung“ und die „Essener Volkszeitung“.¹¹ Im Juni musste Hinderers EPD auch seinen beliebten „Bilderboten für das evangelische Haus“ einstellen.¹²

4. Inhaltlich lag der epd auf der NS-Propagandalinie

Die epd-Recherchen zur eigenen Geschichte fanden in zahlreichen Archiven¹³ statt, konzentrierten sich aber auf das Bundesarchiv in Ber-

¹⁰ Reichsverband der evangelischen Presse/Fachschaft der Reichspressekammer, Rundschreiben Nr. 41 vom 25.1.1937, EPA. Auch Norbert Frei/Johannes Schmitz, Journalismus im Dritten Reich, München 31999, S. 211, datieren den Beginn der Papierkontingentierung auf 1937.

¹¹ Frei/Schmitz, Journalismus, S. 213.

¹² EPD-Benachrichtigung für die Bezieher, Berlin-Steglitz, 5.6.1941, in: Evangelisches Pressearchiv EPA, München.

¹³ Archiv der Pommerschen Evangelischen Kirche, Greifswald; Archiv des Diakonischen Werkes, Berlin; Archiv des Evangelischen Presseverbands für Westfalen und Lippe, Bielefeld; Archiv des Gemeinschaftswerks der Evangelischen Publizistik,

lin, wo – im Sinne einer denkbaren Bestätigung und Entlastung für Lüpsen – nach einer eventuellen NS-Verbotsverfügung und/oder nach Belegen von Repressalien gegen ihn gesucht wurde, sowie auf die Staatsbibliothek zu Berlin (SBB), wo die epd-Jahrgänge aus den NS-Jahren bis einschließlich Mai 1941 fast ohne Fehlstellen gesammelt sind. Feststellbar ist diese gute Quellenlage hinsichtlich der epd-Jahrgangsbände übrigens seit vielen Jahren über die auch online verfügbare Zeitschriftendatenbank (ZDB), was es Forschern, die der von Lüpsen aufgestellten und von anderen weitergetragenen Verbotslegende glaubten, ermöglicht hätte, auf eine dazu widersprüchliche Spur zu stoßen.

Studiert man in der Staatsbibliothek zu Berlin die epd-Originalpublikationen bis 1941, so zeigt sich: Der epd jener Jahre lag in Nachrichtengebung und Kommentierung ganz „auf Linie“. Seine redaktionellen Inhalte entsprachen dem, was von den NS-Machthabern propagandistisch verlangt war. Wollte man die NS-Diktion bemühen, könnte man sagen: Der epd war „gleichgeschaltet“ wie die deutsche Presse insgesamt. Auch findet sich kein relevanter Hinweis auf jene Distanz zur NS-Ideologie, die Lüpsen in der Nachkriegszeit für sich Anspruch genommen hatte.¹⁴

Aber es bleibt doch die Frage, ob sich der epd wirklich derart bruchlos in die Nähe zur NS-Ideologie geben musste. Sowohl aus religiös-publizistischer wie sogar aus staatlicher Sicht muss das verneint werden. Selbst die Nazis wollten zumindest bis 1939 nicht, dass sich die Kirchenpresse derart in die Politik einmischte. So erging beispielsweise am 12. Juli 1935 eine Anordnung des Präsidenten der Reichspressekammer, Max Amann: „Die Behandlung politischer Fragen oder die Stellungnahme dazu ist nicht Aufgabe der kirchlich-konfessionellen Presse. Aus

Frankfurt/M.; Britisches Nationalarchiv: Public Record Office, Kew bei London; Bundesarchiv, Berlin; Deutsche Bibliothek, Frankfurt/M.; Evangelisches Pressearchiv, München; Institut für Zeitungsforschung, Dortmund; Landeskirchliches Archiv der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, Stuttgart; Landeskirchliches Archiv der Evangelischen Kirche von Westfalen, Bielefeld; Staatsbibliothek Unter den Linden, Berlin; Universitätsbibliothek Tübingen.

¹⁴ Vorsichtige Distanzierung vom Kurs in Kirche und Staat konnte allenfalls bei der Erörterung von Glaubensfragen riskiert werden. Nennenswert ist ein in Briefform gehaltener Aufsatz des Theologen Kurt Hutten: „Und nicht anders ist es mit der weitverbreiteten Meinung: die Entdeckung der Rassen habe dem christlichen Glauben den Boden entzogen. Wieso denn? (...) Die rassische Erkenntnis hat bedeutungsvolle neue Seiten und Zusammenhänge des menschlichen Daseins entdeckt. Aber das Verhältnis des Menschen zu Gott in Ordnung zu bringen, das ist weder ihre Absicht, noch läge es in ihrer Macht.“ (epd B Nr. 6 vom 8.2.1939, S. 13).

diesem Grund hat sie die Veröffentlichung derartiger Beiträge (...) ab sofort zu unterlassen.“¹⁵

Dies ist nur eine von vielen ähnlich lautenden NS-Pressenanweisungen. Ihnen allen ist eine Ambivalenz eigen, die von Lüpsen und Hinderer nicht erkannt wurde oder die sie nicht erkennen wollten. Die unmissverständliche Aufforderung zur politischen Abstinenz hätte nämlich die Chance geboten, sich legitimerweise aus einer ganz und gar unchristlichen Politik herauszuhalten und den epd insofern sauber zu halten. Die inhaltliche Beschränkung auf die Wesentlichkeiten von Glauben und Kirche wäre eine Form anständigen „Überwinterns“ gewesen, hätte einen Rest von Freiheit gewährleistet. Die epd-Redaktion wollte aber offenbar weiterhin auch politisch mitreden. Eine mögliche Deutung für dieses Verhalten ist die, dass der epd mit seiner propagandistischen Übererfüllung des Plansolls sich den Machthabern als unentbehrlich andienen und drohenden Einstellungsabsichten vorauseilend den Boden entziehen wollte. Weitergehend könnte angenommen werden, die Redaktion unter Focko Lüpsen habe zumindest einige Vorhaben des NS-Regimes geteilt, diese also publizistisch mittragen wollen.

5. Ab 1939: Kriegspropaganda im epd

Die Option, NS-abstinent zu bleiben und die dunkle Zeit in einer Art religiösem Refugium zu überdauern, war aber spätestens mit dem Jahr 1939 obsolet geworden. Mit Beginn dieses Jahres, in dem Hitler den Krieg begann, war es auch der kirchlichen Presse nicht mehr erlaubt, in einem religiösen Refugium abseits zu stehen. Jetzt war auch von der Kirchenpresse ausdrücklich eine ideologische Kriegsvorbereitung verlangt, die sich konkret z. B. gegen die Polen als Volk und später gegen die Engländer richtete.

Schon am 17. Mai 1939 berichtete epd über „Polenausschreitungen in deutscher Kirche“,¹⁶ „Polnischer Chauvinismus“ störe deutsche Gottesdienste – wie so oft auch hier im Indikativ, als wäre der epd-Autor selbst Augenzeuge gewesen. Am 31. Mai 1939 wurde diese Kurzmeldung nachgelegt: „In Kattowitz kam es, wie schon in anderen deut-

¹⁵ Zit. bei Axel Schwanebeck, *Evangelische Kirche und Massenmedien*, München 1990, S. 314.

¹⁶ Um den Anmerkungsapparat nicht zu überfrachten, werden epd-Zitate im Folgenden im laufenden Text durch Datumsangaben nachgewiesen. In der Regel handelt es sich dabei um Zitate aus der Ausgabe B (für die kirchliche Presse). Ausgabe A war seit dem 5.5.1939 eingestellt.

schen Gemeinden Ostoberschlesiens, wieder zu skandalösen Störungen deutscher Gottesdienste durch die Polen. Der Kampf gegen die deutsche evangelische Kirche, die dort allzeit entschieden für die Sache des deutschen Volkstums eingetreten ist, nimmt immer schärfere Formen an.“

„Terror ohne Ende“ gegen Deutsche wurde erneut am 19. Juli 1939 aus Polen gemeldet und am 9. August nochmals: „Polnischer Wahnsinn tobt weiter“. Was zu geschehen hatte, der epd signalisierte es in derselben Ausgabe mit dem Abdruck eines „Briefes aus dem Osten“ über eine „Fahrt ins Ordenland“, den ein Friedrich Christlieb an einen „verehrten lieben Herrn Doktor“ geschrieben habe: „Still und breit leuchtet das silberne Band des Weichselstromes. Ein einziger kleiner Schleppzug geht mühsam gegen den Strom – nach Polen! Sonst ist auf diesem Riesenstrom nicht ein einziges Fahrzeug zu sehen! Jenseits aber des Stromes liegt ein anderes Ufer, liegen die ernteschweren Wälder – deutscher Strom, deutsches Land, deutscher Wald! Aber es ist alles abgerissen von der Heimat, losgetrennt durch sinnlose Grenze, zerschlagen und blutend! Der stolze Strom ist verödet, deutsches Land unter polnischer Herrschaft, deutsches Blut fern der Heimat!“ (Unterstreichungen im Original.)

Nur 17 Tage später, am 26. August 1939 erfolgte die deutsche Mobilmachung. Am 1. September begann der Angriff auf Polen. Der epd berichtete nicht nur, was das militaristische Deutschland in diesen Tagen bewegte und was vom Propagandaapparat an Gräuelt- und Siegesmeldungen vorgegeben war. Er kam der verlangten Kriegsbegeisterung, die in der Bevölkerung 1939 in Wahrheit längst nicht so groß war wie 1914, auch in Kommentaren, ja selbst im Abdruck von entsprechenden Gebeten und Fürbitten nach. Für die Ausgabe vom 4. September 1939 hatte auch Chefredakteur Focko Lüpsen zur Feder gegriffen – jener Mann also, dessen epd, seiner eigenen Nachkriegslegende zufolge, schon zwei Jahre zuvor verboten worden war. Der gut zweiseitige Leitartikel, gezeichnet mit „F. L.“, versuchte, „getroste Zuversicht“ (so der Titel) zu verbreiten: „Unser Volk hat sich erhoben, um mit den Waffen einzustehen für einen Frieden der Gerechtigkeit. Der Führer hat uns alle zum Einsatz gerufen, und wir alle stehen bereit, wo und wie er uns braucht.“

6. Antisemitische Anklänge im epd

Der epd jener Jahre war kein „Stürmer“. Expliziter Antisemitismus findet sich nicht auf seinen Seiten. Das aber bedeutet nicht, der Juden-

hass habe gar keine Spuren im epd hinterlassen. Der Jahrgang 1938 beispielsweise wurde eröffnet mit einem Zitat des Landesbischofs von Bayern, der schon 1926 Mischehen zwischen „Deutschstämmigen“ und Juden missbilligt habe, weil dies nur zu „rassisch unterwertiger Mischlingsbildung“ führe. In einer Aufmachermeldung protestierte der epd am 18. November desselben Jahres „gegen die judenfreundliche Haltung amerikanischer Kirchenführer“. Seit der „Reichskristallnacht“ am 9./10. November 1938 mit ihren antisemitischen Ausschreitungen in ganz Deutschland war gerade eine Woche vergangen.

Im Februar 1939 wurde in einer kurzen Meldung der Vortrag eines „Theologen über die jüdische Rassengeschichte“ gewürdigt. Im März dann meldete der epd, dass die „Gesetze über die kirchliche Stellung der Juden“ nach Thüringen nun auch in Sachsen, Mecklenburg und Anhalt in Kraft seien. Dies bedeute, dass Juden nicht mehr Kirchenmitglieder werden könnten und Amtshandlungen an ihnen verboten seien. Ernste Konsequenz: Der Rettungsweg der Assimilation, also des Übertritts zum christlichen Glauben, war den Juden damit versperrt.

Mitte desselben Monats meldete die Ausgabe B für die kirchliche Presse: „Steuervergünstigungen für die Judenmission nicht gerechtfertigt.“ Es handelte sich um ein Zitat aus der „Zeitschrift der Akademie für deutsches Recht“, wonach die Judenmission „unter Umständen sogar einmal schädlich sein (könnte), nämlich dann, wenn etwa im einzelnen Fall die Taufe eines Juden dazu benutzt werden sollte, um seine minderrassische Abstammung zu verschleiern“.

Die Juden wurden drangsaliert und vertrieben (bevor später die Vernichtung begann), doch die christliche Kirche blieb beschäftigt mit ihnen: Im Mai berichtete der epd über die Gründung eines „Instituts zur Erforschung des jüdischen Einflusses“ mit dem Zweck der „Entjudung des Christentums“. Was daraus praktisch zu folgen habe, erläuterte der epd wenig später, am 24. Mai 1939. Unter der Überschrift „Ein verhängnisvoller Irrtum“ wurde Mathilde Ludendorff, die Begründerin des „Bundes für Gotterkenntnis“, mit der Aussage zitiert, das Christentum sei leider „projüdisch“ und dem müsse begegnet werden.

Wie am besten, darüber informierte der epd am 17. Mai 1939 unter Berufung auf eine Erklärung des Thüringer Landeskirchenrats zu Kindergottesdienst und Konfirmandenunterricht, die zur Voraussetzung hätten, so der epd, „dass keine religiöse Unterweisung in irgendwelchen Gegensatz zur nationalsozialistischen Weltanschauung führen dürfe. Deshalb müsse der Religionsunterricht die klare Erkenntnis des unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen Christentum und Judentum zur Grundlage haben.“ (Unterstreichung im Original.)

Im Oktober 1939 sorgte sich die epd-Redaktion in Berlin-Steglitz um D. Theodor Zöckler, den Leiter der „Stanislauer Anstalten“, eine evangelische Einrichtung, die damals auch das „Bethel Polens“ genannt wurde. Schon Anfang Juni 1939 hatte eine epd-Kurzmeldung von Schwierigkeiten berichtet: „Die von D. Zöckler begründeten Stanislauer Anstalten sehen sich gezwungen, Zöglinge zu entlassen, da die polnischen Behörden den deutschen evangelischen Liebeswerken rückwirkend für sechs Jahre hohe Steuern auferlegt haben.“

Mit Kriegsbeginn war das „Liebeswerk“ erst recht gefährdet. „Wie steht es um D. Zöckler?“ fragte der epd in der Überschrift am 18. Oktober 1939 auf Seite 1 und berichtete, Zöckler sei nach Kriegsbeginn zunächst von Polen im Stadtgefängnis von Stanislau interniert worden. Doch die Wehrmacht nahte: „Am 16. September änderte sich das Verhalten der polnischen Wachen. Sie wurden zusehends kleinlauter, ließen sich für den Fall eines Einmarsches von ihren eigenen Gefangenen Schutz zusichern und ließen diese dann frei.“

Abermals war der journalistische Konjunktiv mitten im Krieg offenbar zu einer entbehrlichen Feinheit geworden. Dem Wechsel in den antipolnischen Indikativ folgte in diesem ausdrücklich mit „epd“ gezeichneten Artikel erstmals auch ein rabiater antisemitischer Affekt, von der Redaktion im Druck durch Unterstreichung hervorgehoben: „Es folgten nun zwei unheimliche, herrenlose Tage, in denen die zahlreichen Juden der Stadt ein schrankenloses Regiment auszuüben versuchten. Rasch bildete sich eine deutsche Wehr“, hieß es in dem epd-Bericht.

7. Zunehmende Kriegspropaganda im epd

Der Theologe Focko Lüpsen bilanzierte zum Jahresende 1939: „Gott ist getreu.“ Denn hatte er nicht den Deutschen gegen die Polen geholfen? „Unsere Waffen sind gekrönt von einem einzigartigen Sieg“, schrieb der Hauptschriftleiter unter dem Kürzel „Lp.“ im epd vom 20. Dezember. Lüpsen endete mit einem Aufruf und Gelöbnis: „Treu dem Volk und seinem Führer (...), treu bis an den Tod.“

Die Propaganda, die der epd in diesen Monaten vermehrt transportierte, sollte offenbar das einlösen, was der epd dem Regime versprach, nämlich „dienende Bereitschaft“ – so der Titel eines mit der Spitzmarke „epd.“ gekennzeichneten Leitartikels vom 14. Februar 1940.

Allerdings machten sich auch Stress und Verknappung bemerkbar: Die Tippfehler häuften sich, das Schriftbild der epd-Ausgaben wurde

blasser, weil offenbar Farbe fehlte, das Papier für den Druck verschlechterte sich zusehends. Der epd fürchtete sogar um sein Erscheinen. In Nummer 8 vom 16. Februar 1940 hieß es: „Da wir infolge Kohlenmangels nicht die Gewähr dafür übernehmen können, dass unsere am 21. Februar fällige Ausgabe pünktlich erscheint, bringen wir heute schon einige Artikel zur Konfirmationszeit. gez. Dr. Lüpsen.“

Noch marschierte die Wehrmacht voran, und in ebenso rascher Folge brachte der epd Mobilisierungsappelle und Rechtfertigungsreden: „Tapferes Sterben – getrostes Gedenken“, so eine Schlagzeile aus dem Februar 1940. Im März dann nahm sich der Theologe Helmut Thieli-cke, der in der Nachkriegszeit mit seinen Büchern noch bekannt werden sollte, beschwichtigend des Theodizee-Problems an, das sich durch Kriegstote in vielen christlichen Familien nicht mehr verdrängen ließ: „Wo ist Gott? Aus einem Briefwechsel mit einem jungen Menschen“.

Am 27. März 1940 – Hitler und Mussolini hatten sich gerade am Brenner getroffen, die französische Regierung war gestürzt und der deutsche Angriff auf Dänemark und Norwegen sowie auf die Länder im Westen stand kurz bevor – verbreitete der epd noch mal „Siegeszuversicht“, so der Titel eines Leitartikels. Zum Beleg wurde darin aus dem Brief eines Soldaten zitiert: „Eins ist sicher: hinter dem Werk des Führers steht der Allmächtige.“

Je weiter der Krieg voranschritt und Nazideutschland noch Erfolge seiner Armee verzeichnete, desto euphorischer gebärdete sich auch der epd. Gleich sechs kriegerische Schlagzeilen finden sich auf Seite 1 der Ausgabe 21 vom 15. Mai 1940: „Die Stunde der Entscheidung“/„Siegesmarsch“/„Entscheidungskampf im Westen“/„Erfolge unseres Heeres“/„Stunde des Frontsoldaten“/„Unser Wille zum Sieg“.

Auch die äußere Aufmachung des mit enger Schreibmaschinenschrift gestalteten Pressedienstes wurde jetzt auffälliger. Anderthalbzeilig prangte es am 29. Mai 1940 auf Seite 1: „Dank und Gelöbnis“. Der etwa wöchentlich erscheinende Dienst war hier äußerst aktuell, bezog sich der nachfolgende Artikel doch auf die Kapitulation Belgiens einen Tag zuvor. epd kommentierte: „Nach 18-tägigem Siegesmarsch unserer tapferen Wehrmacht hat der belgische König mit seiner Armee die Waffen gestreckt.“ Gott, so die nachfolgende epd-Fürbitte für alle Waffengattungen, „behüte unsere Wehrmacht zu Lande, zu Wasser und in der Luft“.

Den Sieg über Frankreich am 22. Juni 1940 wertete der epd vier Tage später als Beweis für die „Größe des Handelns“. Eine Woche nach dem Sieg über den Erzfeind im Westen schrieb der epd: „Neu angetreten. Zum Entscheidungskampf“. Der neue Feind, gegen den es jetzt gehen sollte, hieß England. Der epd hatte die neue Zielvorgabe

des Propagandaministeriums bereits am 10. Juli übernommen: „Nach dem Siege erst recht.“

8. Politische Radikalisierung im weiteren Kriegsverlauf

Die Nummer 29 vom 10. Juli 1940 war die letzte Kriegsausgabe unter der Hauptschriftleitung von Focko Lüpsen. Der epd-Chefredakteur wurde zum Kriegsdienst eingezogen; er war damals 42 Jahre alt. Nr. 30 vom 17. Juli verantwortete schon der um ein Jahr ältere Dr. Kurt Böhme. Das Impressum der epd-„Ausgabe B: für kirchliche Blätter“ lautete nun: „Herausgeber: Prof. Dr. A. Hinderer. Verantwortliche Schriftleitung: Dr. Focko Lüpsen (z. Zt. im Wehrdienst). i. V. Dr. K. Böhme“.

Böhme war mehr als nur ein Abwesenheitsvertreter. Hatte schon Lüpsen den epd treu auf nationaler Linie gehalten, so legte Böhme noch zu. Von einer Ausgabe auf die nächste radikalisierte sich der epd hin zu pointierter Kürze und aggressiver Kommentierung; ein deutliches Zeichen, dass der Pressedienst sich der Propaganda unentbehrlich machen wollte.

Im Jahrgang 1940 ist der Wechsel in der Schriftleitung von Lüpsen zu Böhme augenfällig. Der gewollten propagandistischen Wirkung diente auch eine neue Knappheit, die unter Böhme in die Gestaltung des Pressedienstes einzog. Gefragt waren nicht mehr lange Leitartikel über zwei oder drei Seiten, sondern kriegerische Kurzkommentare, von denen Böhmes Premierenummer 30 vom 17. Juli gleich drei präsentierte. „Bereitschaft“ war der eine überschrieben und anderthalbzeilig hervorgehoben.

Die Zahl dieser Kurzkommentare, die den Kriegsverlauf auf den Punkt zu bringen versuchten, steigerte die Redaktion in der Folge stetig. Vier waren es am 21., fünf am 28. August. Aus deutscher Sicht zu feiern gab es damals das einjährige Kriegsjubiläum. Sechs, ja sieben Kurzkommentare, die jeweils verschiedene Aspekte der aktuellen Lage behandelten, finden sich in den Nummern 37 und 38.

In Reaktion auf Hitlers Einfall in Polen 1939 hatten England und Frankreich Deutschland am 3. September den Krieg erklärt. Die Folge waren u. a. auch Luftangriffe der Engländer auf deutsche Städte, wo viele Zivilisten zu Tode kamen. Daraus machte der epd am 7. August 1940 den Aufmacherkommentar: „Wir klagen an. Englands Kampf gegen Wehrlose“: „Englische Flieger werfen in Hannover Bomben auf Frauen und Kinder. Die Engländer, die immer ihre Christlichkeit vorschützten, haben die Maske fallen gelassen. (...) Wir aber klagen an vor Menschen und vor Gott.“ Weiter hinten im Blatt sollten dann „die

Wurzeln der Scheinfrömmigkeit“ in der „englischen Religionsauffassung“ entlarvt werden.

„Mit Gott! Das ist der Sieg“ versuchte der epd seine Leser am 13. November 1940 glauben zu machen. „In allem treu“, „– dann aber erst recht“, „Deutschland stärker denn je“, „Aus der Kraft des Lichts“, „Vertrauen“, „Auch wir an der Front“ – all diese Beitragstitel beschworen die von oben verordnete Siegesgewissheit.

Kurz vor Weihnachten 1940 zog der epd eine Bilanz des Luftkriegs gegen England. Es handelt sich um eines der übelsten Dokumente aus der „Korrespondenz des Evangelischen Preßverbands für Deutschland“: „Seit mehr als einem Vierteljahr fallen fast Tag für Tag die Schläge unserer Luftwaffe auf England nieder. (...) Brände und Brände zeigen den Engländern das Wirken der deutschen Luftwaffe. (...) Sie sind es ja selbst gewesen, die das alles auf sich heraufbeschworen haben. Wir aber müssen sie fragen: Wisst ihr Engländer nicht mehr, dass unser Führer Euch und der ganzen Welt den Vorschlag gemacht hat, den Bombenkrieg nicht nur abzuschaffen, sondern sogar zu ächten? (...) Und um die Insel herum wachen unsere U-Boote und halten den Ring um England fest geschlossen. So gut wie nichts entgeht ihren wachsamen Augen. Geleitzug um Geleitzug wird von ihnen vernichtet. Wer für England fährt, fährt in den Tod.“

Oft gehen Seiten- und Datumsangaben in den einzelnen epd-Nummern dieser Wintermonate durcheinander – kleine Zeichen dafür, dass in die Berliner Redaktion Hektik, Stress und bestimmt auch Angst eingezogen waren. Trotz aller kriegsbedingter Schwierigkeiten, zu denen auch eine beginnende Knappheit an Papier und anderen Druckmaterialien gehörte, war die Redaktion im Jahre 1940, in dem sie ihren letzten vollständigen Jahrgang unter der NS-Herrschaft redigieren durfte, noch ungeheuer produktiv: 522 Seiten umfasst der epd-Jahrgang 1940 – ein Jahrgang, in dem die ideologischen NS-Inhalte weit mehr waren als nur gelegentliche taktische Tribute an das System. Tatsächlich wurde regelmäßig und systemkonform, Ausgabe für Ausgabe, Propaganda für den begonnenen Vernichtungskrieg der Nazis geliefert.

Böhmes neue Praktik der knappen Kommentare zu verschiedensten Kriegsaspekten wurde nach dem Jahreswechsel 1940/41 weiter perfektioniert. Immer waren die Seiten 1 bis 2 oder 3 für dieses Stakkato der Propaganda reserviert. Der Kriegslagebericht des OKW wurde vom epd positiv vermeldet: „...so singt der neueste Abschlussbericht das Lob der Marine und der Luftwaffe“.

Nach den Polen hatte der epd ideologisch vor allem England und die Engländer sowie die Anglikanische Kirche im Visier. Die Bomben, die damals auf deutsche Städte fielen und Tod und Verletzung brach-

ten, verstand der epd nicht als Revanche für deutsche Bomben, die zuvor z. B. auf Coventry gefallen waren. Der epd sah die Sache am 26. Februar 1941 so: „England hat sich schon immer auf den Krieg gegen Frauen und Kinder verstanden.“

Vom „Gehorsam des Herzens“ schwärmte die übernächste Ausgabe. Danach wurde dem Führer auf Seite 1 zum 52. Geburtstag gratuliert („Wir geloben ihm unwandelbare Treue und unverbrüchlichen Gehorsam“) und auf Seite 5 derselben Ausgabe über „neue Forschungsprogramme“ berichtet: „Der jüdische Einfluss auf das deutsche kirchliche Leben“.

Die antisemitische Meldung in diesem März 1941 kam nicht von ungefähr, wurde doch in diesem Jahr die NS-Judenpolitik zusehends repressiver, und das auch innerhalb der Reichsgrenzen. Am 31. Juli wird die „Endlösung“ der Judenfrage beschlossen. Vom 19. September an mussten Juden im Reich den „Davidstern“ tragen, zehn Tage später kam es in Kiew zu Massakern an Juden. Im Oktober wurde die Zwangsarbeit für Juden im Reich eingeführt, im selben Monat kam es zu weiteren Deportationen, die im Oktober des Vorjahres in Baden, Saarland und Elsass-Lothringen begonnen hatten.

Die Deutschen begannen Mangel zu leiden, spürten den Krieg bis in die hintersten Nischen ihres Alltags hinein. Beim epd beispielsweise wurde die reprographische Druckqualität – wohl infolge groben Papiers und aus Mangel an Farbe – zusehends schlechter. Doch die Schlagzeilen jener Monate versuchten immer wieder, Kampfeswillen zu beschwören: „Neu angetreten“/„Von der Opferbereitschaft“/„Freudig und stark“/„Nun danket alle Gott“/„Unsere Bewährung in der Zeit“/„... für Euch, Ihr Kämpfer“/„Wir sind gerufen!“

9. Weiterarbeit unter dem NS-Regime: warum?

Vor dem Hintergrund solcher Schlagzeilen und mit dem Wissen, wohin der NS-Vernichtungskrieg die Welt und Deutschland geführt hat, stellt sich die Frage, wie es zu erklären ist, dass Hinderer mit seinem Evangelischen Pressverband und Lüpsen mit seinem epd im „Dritten Reich“ weitergemacht haben, obwohl sie am Ende verdammt waren, nur noch die NS-Propagandamaschinerie zu bedienen. Aufforderungen, die evan-

gelische Pressearbeit unter solchen repressiven Bedingungen besser einzustellen, hatte es auch aus den eigenen Kreisen gegeben.¹⁷

Die Antwort muss differenziert ausfallen. Es ist anzunehmen, dass sie zum einen ihr Lebenswerk nicht aufgeben wollten bzw. den Lebensunterhalt für sich und ihre Familien erwirtschaften mussten; berufliche Alternativen dazu sahen sie offenbar nicht.¹⁸ Bedacht werden muss auch, dass Redakteure in Deutschland seit den mittleren 30er Jahren unter Zwängen arbeiteten, aus denen längst nicht mehr durch einen Entscheid der Freiwilligkeit auszuschneiden war.

Obwohl die Bedingungen des NS-Regimes eine wahrhaft christliche Publizistik nicht mehr erlaubten, hat das Fortbestehen des EPD aber noch konkretere Gründe als nur den Selbsterhaltungswillen bestehender Institutionen oder „das kollektive Gefühl der professionellen Unersetzbarkeit“, so die beiden Pressehistoriker Frei und Schmitz.¹⁹

Dies ist der Faktor Verantwortung, über den der Zeitzeuge Wolf-Dieter Zimmermann in seinem Buch „Gerechtigkeit für die Väter“ schrieb: „Es hat lange gedauert, bis die Männer, denen Einflussmöglichkeiten verblieben waren, erkannten, dass das von ihnen erbrachte Opfer in keinem Verhältnis zum Nutzen stand. (...) Doch wer in Verantwortung steht, kann Menschen nicht einfach opfern – um seines eigenen Wohlbefindens willen. Die Frage hieß wohl weniger: mutig oder feige, Protest oder Anpassung; sie hieß für die Wissenden: Verminderung des Risikos und Sicherung der Existenz derer, für die man Verantwortung trägt.“²⁰

In diesem Sinne wird auch Lüpsens Vorgesetzter, der EPD-Direktor Hinderer, der „in seinem Betrieb ein Diktator“ (so der Berliner Bischof Otto Dibelius) gewesen sein soll, eine Verantwortung für den Erhalt der Arbeitsplätze in der Steglitzer Beymestraße verspürt haben. In den ersten Jahren der NS-Herrschaft, als deren Konsolidierung noch ausstand, mag es auch beim EPD die Erwartung gegeben haben, die neuen Machthaber würden bald abgewirtschaftet haben. In einer zweiten Pha-

¹⁷ So von Freiherr Wilhelm von Pechmann, Präsident des Kirchentages seit 1919, im Jahre 1937, vgl. Simone Höcke, August Hinderer ..., S. 334 f.

¹⁸ Vgl. dagegen Margret Boveri („Frankfurter Zeitung“): „Ich denke an Kündigung, verbunden mit Wechsel des Berufs, um Chauffeur zu werden“ (zit. nach Norbert Frei/Johannes Schmitz, Journalismus, S. 140). Vgl. auch Volker Lilienthal, Widersprüchlich bis zuletzt. Die Journalistin Margret Boveri im „Dritten Reich“, in: epd medien 3/2003, S. 3-6.

¹⁹ Frei/Schmitz, Journalismus, S. 134.

²⁰ Wolf-Dieter Zimmermann: Gerechtigkeit für die Väter, Berlin 1983, S. 105. Zimmermanns Vater war Präses der Berliner Stadtsynode und wurde später durch einen Nazi ersetzt.

se beeindruckten die scheinbaren Errungenschaften des Regimes, bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beispielsweise. In einer dritten Phase, als der Krieg näher rückte, gab es für Journalisten, die Alternative des Kriegseinsatzes vor Augen, einen neuen starken Beweggrund, den Redaktionsdienst besser nicht zu quittieren.

10. Neugründung des epd 1946 in Bethel – die Verbotsbehauptung als Zwecklüge

Nach Kriegsende unternahmen Focko Lüpsen und andere zunächst den Versuch, den epd in Berlin neu zu begründen. Bald nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft war Lüpsen im Dezember 1946 in die zerstörte Stadt gereist und hatte nach Anknüpfungspunkten gesucht. Doch Berlin blieb nur eine Zwischenstation. Die gesamtpolitische und auch kirchenpolitische Lage im Nachkriegsdeutschland mit der beginnenden Ost-West-Teilung trugen dazu bei, dass der – zumal ausgebombte – Gründungssitz in der ehemaligen Reichshauptstadt aufgegeben wurde.

Stattdessen suchte Lüpsen den Neuanfang in Bethel bei Bielefeld, in zwei Räumen der Bibliothek der Theologischen Hochschule, die man ihm zur Verfügung gestellt hatte. Auf Empfehlung von Präses D. Karl Koch, der ab Juni 1946 wieder Vorsitzender des Evangelischen Presseverbands für Westfalen geworden war, wurde Lüpsen zum Geschäftsführenden Direktor des westfälischen Presseverbands ernannt und mit der „Wiederaktivierung“ des epd für ganz Deutschland beauftragt.

Dazu bedurfte es einer Presselizenz der britischen Militärregierung, die nicht ohne weiteres zu bekommen war. Ehemalige Mitglieder der NSDAP waren ganz ausgeschlossen. Bevorzugt behandelt wurden Personen, die in Opposition zum Regime gestanden hatten und insofern erwarten ließen, am demokratischen Wiederaufbau teilzunehmen. Als ein solcher empfahl sich Lüpsen. Ob Präses Koch, der über gute Beziehungen zur britischen Militärregierung verfügte²¹ und z. B. eine „Priority List“ bevorzugt zu lizenzierender Kirchenblätter einreichen durfte, bekannt war, was Lüpsen bis Frühsommer 1940 im epd geschrieben hatte, kann nicht gesagt werden. Von Koch ist aber bekannt, dass er seine Vertrauensleute vorrangig nach Funktionstüchtigkeit und weniger

²¹ Vgl. auch Jürgen Kampmann, Von der altpreußischen Provinzial- zur westfälischen Landeskirche (1945–1953) (Beiträge zur Westfälischen Kirchengeschichte, Bd. 14), Bielefeld 1998.

nach Kriterien einer sauberen politischen Vergangenheit auswählte.²² Wann immer es Schwierigkeiten gab und z. B. das Druckpapier knapp wurde, schaltete sich Koch ein und mahnte die britischen Dienststellen, eine weitere Kürzung der Papierkontingente sei untragbar, laufe sie doch hinaus auf eine „Erschwerung der kirchlichen Bemühungen, das deutsche Volk in christlichem Geiste zu beeinflussen und in ihm den Geist des Friedens und der Eintracht unter den Völkern zu verbreiten“.²³

Jedenfalls war Lüpsen kein Alleintäter und auch kein Alleinverantwortlicher, als er seine Legende in die Welt setzte. Es gab Mitwisser, die wie er ein gemeinsames Ziel verfolgten: möglichst bald wieder einen Pressedienst für die evangelische Sache ins Werk zu setzen. 1957 erinnerte sich Lüpsen an die ihm anvertraute Neugründungsphase so: „Zunächst galt es, den Evangelischen Pressedienst, der während des Dritten Reiches verboten war und nur noch illegal hatte wirken können, wieder zu aktivieren. Die Verhandlungen mit den Lizenzbehörden waren langwierig.“²⁴

Um die langwierigen Verhandlungen mit britischen Dienststellen in Bünde und Düsseldorf²⁵ voranzubringen, bediente sich Lüpsen dreier zentraler Behauptungen: er habe in Opposition gestanden und sei von der Gestapo überwacht worden; der von ihm verantwortete Evangelische Pressedienst sei verboten worden. Der Original-Lizenzantrag für den epd ist zwar nicht überliefert, dafür aber ein anderer von Lüpsens insgesamt fünf Lizenzanträgen für verschiedene kirchliche Publikationen:

- einen für den Neustart des epd,
- einen für die Sonntagszeitung „Neue Kirche“, die schon ein Jahr vor dem epd, am 23. Mai 1946 genehmigt worden war – anfangs in einer vierzehntäglichen Auflagenhöhe von 100.000 Stück, dann 230.000, nach anderer Quelle sogar 250.000, und zwar ab November 1946, was für die damaligen Nachkriegsverhältnisse von Papierknappheit enorm war,

²² Diskussionsbeitrag von Prof. Dr. Bernd Hey in einem wissenschaftlichen Symposium „Focko Lüpsen und der Nationalsozialismus“, Bielefeld, 7. Februar 2003. Die Ergebnisse dieser Fachtagung sollen dokumentiert und veröffentlicht werden.

²³ D. Koch am 5.5.1947 an 4 verschiedene Dienststellen, Archiv des Evangelischen Presseverbands für Westfalen und Lippe (EPWL), Bielefeld.

²⁴ Focko Lüpsen, Fünfzig Jahre im Dienst der evangelischen Publizistik, in: ders. (Hrsg.): Mittler zwischen Kirche und Welt, Witten/Ruhr 1957, S. 52.

²⁵ Lüpsens Schriftverkehr mit diesen Dienststellen seit 1946 ist teilweise überliefert im EPWL-Archiv, Bielefeld.

- einen für den „Nachrichtendienst der Evangelischen Kirche von Westfalen“, dessen Auflage immerhin 3000 Stück betragen sollte – zugelassen zeitgleich mit dem bundesweiten epd am 15. Juli 1947,
- einen späteren für die „Evangelische Welt – Nachrichtendienst der Evangelischen Kirche von Westfalen“ (Lizenznummer 133), für die Lüpsen im Herbst 1947 eine Lizenz und z. B. am 12. April 1948 eine Papierzuteilung erhielt,
- und einen für die Gründung eines evangelischen Buchverlags, des Westdeutschen Luther-Verlags.

Dieser fünfte Antrag datiert bereits vom 10. Mai 1946; er hat sich im Bundesarchiv erhalten und konnte im Februar 2002 aufgefunden werden.²⁶ Die hier gegebenen Auskünfte werden mit hoher Wahrscheinlichkeit wortgleich auch im – bislang nicht aufgefundenen – epd-Antrag verwendet worden sein. Es ist anzunehmen, dass Lüpsen, um den britischen Kontrolloffizieren nicht aufzufallen, auf Widerspruchsfreiheit seiner fünf Anträge achtete.

In dem 38-seitigen Dokument, das größtenteils aus von Lüpsen ausgefüllten Fragebögen der „Military Government of Germany“ besteht, gab der Antragsteller zunächst Auskunft über seine persönlichen Verhältnisse. Parteigenosse, so die Antwort auf die alles entscheidende Zentralfrage „Waren Sie jemals Mitglied der NSDAP?“, sei er nie gewesen – was den Tatsachen entspricht.

Zum Militärdienst lautete die Auskunft – sachlich korrekt – auf eine Tätigkeit beim Heer vom 27. Mai 1940 bis 3. Mai 1945. Dienstort sei Berlin²⁷, Dienstgrad „Oberzahlmeister d. Res.“ gewesen. Auf die Frage, ob Lüpsen an der Militärregierung der von der Wehrmacht besetzten Gebiete mitgewirkt habe, lautete die Antwort: nein. Die vorhergehende Auskunft, nur in Berlin eingesetzt gewesen zu sein, widerspricht einer späteren Selbstauskunft in einem getippten Lebenslauf von 1950 oder danach: „Mai 1940 bis Mai 1945 Kriegsdienst in Frankreich, Balkan und Deutschland“.

Lüpsen erklärte wahrheitsgemäß, dass er bis Anfang 1940 dem Evangelischen Pressverband als Redakteur angehört habe. In einer Anlage zum Fragebogen gab er sich als Verfolgter des Naziregimes aus: „1933 wurde ich als Pressebeauftragter des damaligen Reichsbischofs D. von Bodelschwingh von der Gestapo verfolgt. 1935 wurde ich we-

²⁶ Bundesarchiv Berlin BDC/RKK 2703/0153/23.

²⁷ Aus einem handschriftlichen Privatbrief vom 4.9.1944 geht hervor, dass Lüpsen damals im Organisationsreferat des Oberkommandos des Heeres (OKH) eingesetzt war. GEP-Archiv, Frankfurt/M.

gen meines Eintretens für ein führendes Mitglied der Bekennenden Kirche, Pfarrer Jacobi, D. D., mit dem Ausschluss aus der Reichspressekammer bedroht und verwarnt. 1936²⁸ wurde mir die Herausgabe des Evangelischen Pressedienstes für die Tagespresse untersagt, da ich mich weigerte, mich einer Vorzensur zu unterwerfen.“

Wie wir heute wissen, stimmte nicht einmal diese eingeschränkte Version der Verbotslegende: dass die epd-Ausgabe „für die Tagespresse“ ab 1936 nicht mehr habe erscheinen dürfen. Tatsächlich existierte sie bis Mai 1939. Zudem: eine generelle Vorzensur gab es unter den Nazis zunächst nicht; ihr System der Presselenkung funktionierte mit Presseanweisungen und Nachzensur. Erst im August 1939, kurz vor Kriegsbeginn also, wurde die Vorzensur eingeführt, die sich auf alle militärischen Belange bezog und entsprechende Berichte vorlagepflichtig machte.

Die „Information Control“ der Briten wollte vor Lizenzerteilung auch wissen, was Lüpsen vor 1945 geschrieben hatte. Unter „Schriftwerke und Reden“ gab Lüpsen dazu in der Anlage die Auskunft, seine Veröffentlichungen im epd, im „Evangelischen Berlin“, im „Sonntagsfreund“ und im „Sonntagsbrief“ hätten sich „überwiegend mit religiösen, theologischen und kirchlichen Themen“ beschäftigt oder seien, „soweit sie über diesen Rahmen hinausgingen, ausschließlich von religiösen und kirchlichen Gesichtspunkten bestimmt“ gewesen.

Was mit diesen teils verfälschenden, teils beschönigenden Selbstauskünften erreicht werden sollte, ist klar: Mit der Behauptung, von den Nazis verboten worden zu sein, schien sich der epd für den Neuaufbau einer demokratischen Presse bestens zu empfehlen. Zudem erfüllte Lüpsen als Antragsteller eine der Hauptbedingungen der Alliierten: Lizenzträger durften keine NSDAP-Mitglieder gewesen oder sonst wie politisch belastet sein.

Eine Gegenprüfung der Selbstauskünfte unterblieb offenbar. In den Wirren der unmittelbaren Nachkriegszeit hatten die Nachrichtenkontrolloffiziere der Besatzungsbehörde viel zu tun und wohl keine Zeit, in – teils ausgebombte – Bibliotheken zu steigen, um z. B. Jahressbände des epd zu sichten. Im Lizenzdokument für den Luther-Verlag fand sich ein Aktenvermerk von Major J. E. Cross, der die Zulassung Lüpsens ohne Einschränkung empfahl, weil der Antragsteller journalistische Erfahrung habe und ein gutes Verlagsprogramm beabsichtige:

²⁸ Lüpsen nennt hier bereits 1936 als Verbotsjahr, in späteren Veröffentlichungen ist es 1937.

„Applicant has previous publishing experience, backed by a good programme. Recommended.“

Und so kam es zur Neuzulassung des epd auf Grundlage wahrheitswidriger Selbstauskünfte. Am 15. Juli 1947 stellte die „Nachrichtenkontrolle“ der „Militärregierung Deutschland“ die „License“ Nummer 134 auf „Dr. Focko Lüpsen“ aus. Zweck: „Operation of a News Agency/Ausübung eines Nachrichtendienstes“. Die genehmigte Auflagenhöhe für das „weekly news sheet“ betrug 200 Exemplare.

11. Gab es eine Alternative zur Zwecklüge? Historischer Vergleich

Aus heutiger Sicht scheint es leicht, Lüpsens Geschichtsklitterung als unaufrichtig zu verurteilen. Gegen diese moralische Position könnte eingewendet werden, anders als mit einer Unterschlagung der eigenen journalistischen Produktion in der NS-Zeit wäre die Lizenz nicht zu erhalten gewesen. Lüpsen habe mit seiner Zwecklüge immerhin einen schnellen Neustart des epd in der unmittelbaren Nachkriegszeit erreicht. Seine unbestreitbaren Verdienste um die evangelische Publizistik ließen die unwahre Behauptung als lässliche Sünde erscheinen.²⁹

Die Frage, inwieweit der Zweck die Mittel heiligt und eine Zwecklüge mit dem Wahrhaftigkeitsanspruch in der christlichen Ethik vereinbar ist, kann anderenorts diskutiert werden. Wenden wir uns stattdessen dem historischen Vergleich zu. Dieser wird möglich durch die schon erwähnte Studie zur Vergangenheit von Bertelsmann im „Dritten Reich“.

Das Beispiel Bertelsmann zeigt erstens, dass andere – in diesem Fall: der Buchverleger Heinrich Mohn in Gütersloh – ähnlich handelten wie Lüpsen. Die Beschönigung der eigenen NS-Vergangenheit war keine epd-Besonderheit, sondern ein damals durchaus übliches Verhalten. Man stellte sich Persilscheine, wo sie gebraucht wurden, gegenseitig aus.³⁰ Die Falschdarstellung war also im Zeitkontext „normal“ und kein abweichendes Verhalten.

²⁹ Vgl. dazu auch Roland Rosenstock, *Evangelische Presse im 20. Jahrhundert* (Christliche Publizistik Bd. 2), Stuttgart/Zürich 2002, S. 214: Es sei „medienhistorisch als Verdienst“ von Lüpsen und der westfälischen Kirchenleitung unter Präses Karl Koch zu betrachten, den Neustart in freier Verbandsträgerschaft ohne direkten Einfluss der Amtskirche gewährleistet zu haben.

³⁰ Der Vergleich epd/Bertelsmann ist auch regionalgeschichtlich von Interesse. Präses Koch hatte mit Heinrich Mohn engen Kontakt. Zudem ist anzunehmen, dass Heinrich und sein Sohn Reinhard Mohn sowie Lüpsen und Präses Koch teilweise mit

Wie Lüpsen hat auch die Verlegerfamilie Mohn behauptet, nationalsozialistisches Schrifttum „niemals“ verlegt zu haben und den Nazis „missliebig“ gewesen zu sein. Den britischen Offizieren der „Nachrichtenkontrolle“ kamen jedoch Zweifel und Heinrich Mohn als Antragsteller musste sich rechtfertigen. Sein Sohn Reinhard sorgte dafür, dass die Antragsakten angepasst wurden. Auf Drängen der Briten gab sein Vater die Verlagsleitung 1947 an ihn ab.

Das Beispiel zeigt also zweitens: Selbst wenn die Militärregierung argwöhnisch wurde, war eben nicht alles verloren, sondern Falschhausagen konnten nachträglich korrigiert werden, ohne das generelle Ziel der Lizenzerlangung zu gefährden.³¹ Es gab also eine gewisse Toleranz der Briten gegenüber Fehlverhalten in der NS-Zeit.

Dass dem epd im Falle der Verweigerung der Lizenz ein schneller Neustart in der Nachkriegszeit nicht gelungen wäre: dieses Risiko hätten Lüpsen, Koch und ihre Mitstreiter in Kauf nehmen müssen. Aus der Sicht des Jahres 1946 war zwar nicht absehbar, wann der Lizenzzwang aufgehoben werden würde (nämlich im Jahre 1949). Es gab aber für die Zeitgenossen 1946 keinerlei Anlass, an einen Ewigkeitswert des Lizenzzwangs zu glauben und deshalb auf einen Ausweg zur Lizenzerlangung zu sinnen.³² Nichts währt ewig: Schließlich hatte man gerade erst das Ende des „Tausendjährigen Reiches“ nach nur 12 Jahren erlebt.

Der epd hätte womöglich ausharren und bis zum Ende der Lizenzperiode warten müssen – oder aber Präses Koch hätte sich einen anderen Lizenzträger suchen müssen.³³ Der Neustart war nicht zwingend an

denselben Kontrolloffizieren der Militärregierung verhandelt haben. Für die Person des Captain Felix ist dies sogar nachweisbar. Neben Reinhard Mohn hatte auch Lüpsen mit Felix eine Unterredung, die am 5.7.1946 stattfand und die Lizenzierung der „Neuen Kirche“ zum Thema hatte. Dies geht aus einem Lüpsen-Schreiben an die No. 1 Information Control Unit in Düsseldorf-Benrath vom 12.7.1946 hervor (Quelle: EPWL-Archiv, Bielefeld).

³¹ Saul Friedländer u. a., Bertelsmann ..., S. 505, 519, 523 f., 526, 527 f., 529, 530 f., 532 f., 697. Vgl. auch die Rezension von Volker Lilienthal, „Öl ins Nazifeuer“. Der Historikerbericht über Bertelsmann im Dritten Reich, in: epd medien Nr. 10/2003, S. 3-8.

³² Schon zum Jahreswechsel 1946/47 hatte die Militärregierung die Vorzensur für deutsche Publikationen aufgehoben. „Die neuen Lizenzbestimmungen sind aufs Ganze gesehen eine Erleichterung, weil wir nun nicht mehr die Manuskripte vorzulegen brauchen“, schrieb Lüpsen am 6.2.1947 in einem Brief (EPWL-Archiv, Bielefeld).

³³ So wie Heinrich Mohn die Verlagsleitung an seinen Sohn abgeben musste.

die Person Lüpsens gebunden, auch wenn er einer der wenigen ausgebildeten Redakteure war.³⁴

12. Feedback zur epd-Initiativberichterstattung

Die epd-Berichterstattung im Jahre 2001 zur Korrektur des eigenen Geschichtsbildes hat ein vielfältiges Echo bis ins Ausland hinein ausgelöst. Der Tenor der Kommentare in den Medien war dabei ein doppelter: einerseits das Bedauern darüber, erneut ein Beispiel von fragwürdiger Anpassung und mangelnder Aufrichtigkeit von Deutschen im Verhältnis zur NS-Zeit zur Kenntnis nehmen zu müssen.

Andererseits aber würdigten die Beobachter durchgängig das Bemühen des epd, mit seiner Geschichte nunmehr ins Reine zu kommen. Mehrfach wurde das Vorbildliche dieser Initiative in eigener Sache hervorgehoben. Die kommunikationspolitische Intention der heutigen epd-Verantwortlichen, mit selbstgewählter Offenheit bei einem äußert heiklen Thema Schaden vom epd zu wenden, war damit aufgegangen.

Beiträge erschienen in fast allen großen Tageszeitungen, von FAZ, SZ, „Frankfurter Rundschau“ und „Berliner Zeitung“ bis hin zu „taz“ und „Neues Deutschland“. In Radio-Kulturprogrammen liefen mehrere Interviews bzw. Beiträge, zuletzt eine 20-minütige Sendung im Deutschlandfunk³⁵, in der Hans Hafenbrack, Thomas Schiller, der Autor dieses Beitrags, aber auch ein Kritiker wie der Theologe Prof. Dr. Michael Schibilsky (Universität München) zu Wort kamen.³⁶

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ betonte am 25. Juni 2002, einen Tag nach der epd-Erstveröffentlichung, in einem vierspaltigen Aufmacher auf der Medienseite mit zwei Illustrationen die Singularität des Vorgehens: „Dass der epd vor einer überraschten Öffentlichkeit

³⁴ Weitergehende Erkenntnisse, vor allem auch im Hinblick auf eine kirchengeschichtliche Einordnung von Lüpsens Handeln, sind von Hans Hafenbracks Monografie über die Geschichte des epd seit 1910 zu erwarten. Sie soll demnächst erscheinen.

³⁵ Sebastian Engelbrecht, Ende einer Heldengeschichte. Der Mythos vom Verbot des Evangelischen Pressedienstes im „Dritten Reich“, Studiozeit: Aus Religion und Gesellschaft, DLF am 29. Januar 2003, 20.10 – 20.30 Uhr.

³⁶ Unter den wenigen kritischen Reaktionen ist auch diese des Geschichts-Fachjournalisten Frank Ebbinghaus in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 2.7.2002, S. 15 hervorzuheben: „Wie bitter die Lektionen sind, verrät nicht zuletzt Lilienthals Dossier. Hier wird Lüpsen zum Schurken, damit die Kirche von jedem Verdacht reingehalten werden kann.“ Tatsächlich aber war „die Kirche“ im „Dritten Reich“ nicht Thema des epd-Sonderheftes. Auch gab es keine Absicht, Lüpsen zum Alleintäter abzustempeln.

nun seine Lebenslüge entlarvt, ist in der hiesigen Mediengeschichte ein ziemlich einmaliger Vorgang.³⁷ Nach einer ersten kurzen Meldung („epd macht reinen Tisch“) würdigte die „taz“ in einem Fünfspalter die epd-Klarstellungen in eigener Sache und fügte hinzu, der epd von heute habe die Fakten „mit nicht selbstverständlicher Offenheit präsentiert“.³⁸ Ähnlich äußerte sich der „journalist“, das Organ des Deutschen Journalisten-Verbands (DJV): „Die Agentur überließ die Korrektur zur eigenen Vergangenheit in der Folge nicht Dritten, sondern machte selbst reinen Tisch.“³⁹

„Die Mahnung“, ein Organ des Bunds der Verfolgten des Naziregimes (BVN)⁴⁰, urteilte: „epd gibt mit dieser Untersuchung ein Beispiel dafür, wie mit der eigenen Geschichte umgegangen werden sollte: offen und kritisch“. Der Autor – Heiner Lichtenstein, selbst jüdischer Herkunft und früher WDR-Redakteur – verwies auf Versuche anderen Orts, Geschichte zu beschönigen, und betonte den Vorbildcharakter der epd-Berichterstattung in eigener Sache: „epd zeigt, wie es besser gemacht werden kann.“⁴¹

Auch auf katholischer Seite wurden die epd-Bemühungen um selbstkritische Korrektur der eigenen Geschichte gewürdigt. Eckart Klaus Roloff schrieb im „Rheinischen Merkur“: „Ein Journalist, ein Theologe gar, der zuerst die Verbrecher feiert und kurz danach fix genug ist, sich als deren Kontrahent zu zelebrieren; ein Medienbetrieb, der erst nach 55 Jahren seine ganz andere Geschichte entdeckt – das rechtfertigt ein hartes Urteil über Journalisten: über die einen, die allzu angepasst und dann allzu wendig sind, und die anderen, die lange von und mit Legenden leben. Gut ist nur, dass der epd jetzt nicht mehr verdrängt und vollständig das tut, was ihn seit den neueren Jahrzehnten auszeichnet: aufklären.“⁴²

³⁷ Jörg Thomann, Das Bertelsmann-Syndrom. Der Blick zurück sorgt für bittere Erkenntnisse: Der Evangelische Pressedienst zerstört die Legende seiner sauberen Vergangenheit, in: FAZ vom 25.6.2002, S. 48.

³⁸ Susanne Amann, Stimulant der Kriegsbegeisterung, in: die tageszeitung vom 29./30. Juni 2002.

³⁹ Journalist Nr. 8/2002, S. 7.

⁴⁰ Nicht zu verwechseln mit der einst kommunistisch gesteuerten VVN.

⁴¹ Heiner Lichtenstein, Schöngefärbt, in: Die Mahnung Nr. 11/12 (2002), S. 2.

⁴² Eckart Klaus Roloff, So gesehen: Ende einer Legende, in: Rheinischer Merkur Nr. 28/2002, S. 29.